

400 Jahre amerikanische Herrschaft.

Der Inhalt des Nicaragua-Vertrages.

Managua, 23. Febr. Die Grundzüge des für Washington bestimmten Vertragsvorschlags sind nunmehr bekannt gegeben worden. Hiernach sollen die Vereinigten Staaten die Unabhängigkeit Nicaraguas entsprechend dem seinerzeit abgeschlossenen Vertrage garantieren. Die Kanalrechte Amerikas bleiben bestehen. Die Vereinigten Staaten sollen keine Vorzugsbehandlung genießen. Nicaragua überträgt den Vereinigten Staaten für die nächsten 400 Jahre das Recht, die Entwicklung des Landes in der Weise in die Hand zu nehmen, daß die finanzielle Wiederherstellung und die öffentliche Gesundheitspflege gewährleistet sind. Zwei Amerikaner sollen eine finanzielle Kontrolle über das Land ausüben für die Zeit der Restrukturierung der Schulden von Nicaragua einschließlich einer neuen Anleihe in Höhe von 4 Millionen Dollar, die zum Bau von Eisenbahnen verwandt und unter amerikanischer Garantie gewährt

werden soll. Es wird die Schaffung einer unter amerikanischen Marineoffizieren stehenden Polizei anstelle einer Armee in Erwägung gezogen.

Senator Borah für eine Enquete über Latein-Amerika.

Paris, 23. Febr. Wie die „Paris Times“ aus Washington berichtet, hat Senator Borah auf das Gerücht hin, die Regierung der Vereinigten Staaten schide sich an, das Protektorat über Nicaragua zu übernehmen, im Senat eine Entschließung eingebracht, die die Einleitung einer Untersuchung über die Lage in Latein-Amerika fordert. Ein Senatsausschuß soll an Ort und Stelle entsandt werden.

Vorretirender Rüdtritt Kellogg?

Washington, 23. Febr. Hier sind erneut Gerüchte im Umlauf, daß der Gesundheitszustand des Staatssekretärs Kellogg ihn zu seinem baldigen Rüdtritt veranlassen dürfte.

Aus Stadt und Land.

Mus., 24. Februar 1927.

Rülz' Nachfolger.

Leipzig, 23. Februar. Nach dem Verzicht des Reichsministers a. D. Rülz auf seine Kandidatur für das durch den Rüdtritt Dr. Dehnes freigewordene sächsische Innenministerium hat nunmehr die Demokratische Landtagsfraktion dem Ministerpräsidenten einen neuen Kandidaten in Vorschlag zu bringen. Wie wir erfahren, ist die Wahl der Fraktion auf den bekannten Staatsrechtslehrer an der Leipziger Universität, Geheimrat Professor Dr. Wilhelm Alpel, gefallen. Geheimrat Alpel hat sich bereit erklärt, zu weiteren Verhandlungen über seine Kandidatur mit der Fraktion am Donnerstag nach Dresden zu reisen.

Falls diese Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen, so wäre eine derartige Ergänzung des sächsischen Kabinetts zu begründen.

Geheimrat Alpel genießt nicht nur einen vorzüglichen Ruf als Gelehrter, sondern vermag auch auf Grund seiner früheren Verwendung an der Amtshauptmannschaft Leipzig, im sächsischen Volksbildungsministerium und im Reichsamt des Innern über umfassende Erfahrungen auf dem Gebiet der Staatsverwaltung. Er gehört zu den Mitbegründern der Deutschen Demokratischen Partei in Sachsen und hat im Jahre 1919 als Mitarbeiter von Hugo Preuß an den Entwürfen zur Weimarer Reichsverfassung mitgewirkt.

Arbeitsmarkt in Sachsen.

Ueber die Arbeitsmarktlage berichtet das Landesamt für Arbeitsvermittlung:

Die in den letzten Berichten bereits mehrfach ange deutete leichte Entspannung der Arbeitsmarktlage hält an. Sie kommt in den nunmehr vorliegenden Ergebnissen der Mitte Februar vorgenommenen Zählungen zum Ausdruck. Am 15. Februar 1927 wurden bei 105 öffentlichen Arbeitsnachwehen im Freistaat Sachsen insgesamt 239 331 Arbeitsuchende, und zwar 106 942 männliche und 132 389 weibliche gezählt. Gegenüber der Zählung Mitte Januar ist also eine Abnahme von 10 031 männlichen und 6021 weiblichen, insgesamt 17 292 Arbeitsuchenden, eingetreten. Diese Abnahme verteilt sich auf fast alle Berufsgruppen. Sie ist am stärksten in der Metallindustrie, Textilindustrie, im Bekleidungs- und in den ungelerten Berufen, im Genußmittelgewerbe gewesen. Auch die Industrie der Steine und Erden und die kaufmännischen Berufe sind an der Abnahme gut beteiligt. Eine Zunahme ist nur in der Landwirtschaft und in der Gartenwirtschaft, im Baugewerbe, also in den Außenberufen und bei den Bureauangestellten eingetreten.

Dieser Abnahme des Angebots steht eine geringe Erhöhung der Nachfrage gegenüber. Hier sind vor allem Landwirtschaft, Hauswirtschaft und Spinnstoffgewerbe beteiligt. Man kann also aus dem Vergleich der Stichzählungen feststellen, daß die verhältnismäßig stabile Konjunktur der Hauptindustrien zu einer langsam fortschreitenden, wenn auch bis jetzt noch nicht sehr bedeutenden Entlastung des Arbeitsmarktes geführt hat. Saisonelle Lücken sind an der Entspannung kurzzeitig kaum beteiligt. Das Baugewerbe ist angesichts der herrschenden Winterwitterung garnicht ausnahmsfähig. Die Landwirtschaft hält ebenfalls noch zurück.

In den Zahlen der unterstärksten Erwerbslosen kommt diese Entwicklung der Arbeitsmarktlage ebenfalls zum Ausdruck. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat sich vom 15. Januar bis 15. Februar 1927 um 18 224 reduziert. Zum erstenmal seit langer Zeit steht ihre Gesamtzahl wieder unter 200 000. Sie betrug am 15. Februar 1927 188 821. Im Vorjahre wurden zum gleichen Zeitpunkt bereits 228 730 gezählt. Es ist allerdings zu bedenken, daß in dieser Abnahme 9434 Ausgesteuerte enthalten sind.

Angestellte und Beamte in Sachsen, besonders in Industrie und Handel.

Die deutsche Berufsstatistik verzeichnet unter den verschiedenen sozialen Schichten der „Erwerbstätigen“ auch die der Angestellten und Beamten, wobei sie aber leitende Angestellte und Beamte zur Schicht der „Selbständigen“ rechnet. Die Bedeutung der Angestellten und Beamten innerhalb der sozialen Schichten der Erwerbstätigen in Sachsen zeigt das ausführliche statistische Material der letzten deutschen Berufs-

zählung vom 15. Juni 1925 (nach Wirtschaft und Statistik Nr. 23). Danach sind in Sachsen von je 100 Erwerbstätigen: 18,8 Angestellte und Beamte, 54,1 Arbeiter, 16,3 Selbständige, 7,5 mithelfende Angehörige, 3,3 Hausangestellte.

Sachsen hat gegenüber manchen anderen Ländern eine niedrige Zahl von Angestellten und Beamten. Diese ist in den Hauptstädten am höchsten: Hamburg 31,8, Bremen 30,2, Lübeck 26,2 von hundert Erwerbstätigen. Unter Sachsen steht noch hinsichtlich des Hundertsatzes von Angestellten und Beamten z. B. Braunschweig 16,1, Anhalt 15,9, Mecklenburg-Schwerin und Vorpommern 15,2, Hessen 14,4, Bayern 13,0, Thüringen 12,6, Oldenburg 12,0, Mecklenburg-Strelitz 12,2, Württemberg 12,1, am niedrigsten steht mit 11,3 Angestellten und Beamten unter je 100 Erwerbstätigen Schaumburg-Lippe.

In der Verteilung der Angestellten und Beamten in Sachsen auf die verschiedenen Zweige des Wirtschaftslebens usw. stehen die zwei Hauptzweige Industrie und Handwerk einerseits, Handel und Verkehr (ohne Post und Bahn) andererseits einander ziemlich gleich. Von je hundert Angestellten und Beamten Sachsens entfallen auf Industrie usw. 35,0, Handel usw. 30,3, Post 5,1, Eisenbahn 5,2, Reichs-, Staats-, Kommunalverwaltung 8,6, Unterrichtsstellen 4,7, sonstige Wirtschaftsabteilungen usw. 10,1. In anderen deutschen Ländern gehen die Wirtschaftsabteilungen Industrie einerseits, Handel andererseits in der Zahl ihrer Angestellten und Beamten weiter auseinander. Einerseits haben wir z. B. in Hamburg im Handel 55,1, dagegen in Industrie 16,1 Angestellte und Beamte, oder in Bremen 50,5, dagegen in Industrie 18,5 Angestellte und Beamte. Andererseits sind z. B. in Anhalt in Industrie 34,9, in Handel 20,2 Angestellte und Beamte oder in Thüringen in Industrie 33,8, in Handel 23,0. Noch ausgeglichener als in Sachsen ist das Verhältnis der Angestellten und Beamten in Industrie und in Handel z. B. in Baden (Industrie 29,2, Handel 28,1). Von je hundert Erwerbstätigen in Baden (Industrie 29,2, Handel 28,1). Von je hundert Erwerbstätigen in Baden (Industrie 29,2, Handel 28,1). Von je hundert Erwerbstätigen in Baden (Industrie 29,2, Handel 28,1).

Die Verteilung der Angestellten und Beamten Sachsens in der Industrie ist folgende: Von je hundert ihrer Angestellten und Beamten sind 65,7 kaufmännische Angestellte, Verwaltungsbereitschaft, Büroangestellte; 18,8 technische Angestellte

Um Shanghai.

Suntschuanfang hat ausgespielt.

London, 23. Febr. Zu der Wirkung von Nanking durch die Truppen Tschangfungtschangs meldet Reuters noch aus Shanghai: Vor dem Einrücken der Nordtruppen erklärte Suntschuanfang in einer in Nanking abgehaltenen Versammlung, nur der Verrat seiner Offiziere sei die Ursache seiner Niederlage. Der Armee Tschangfungtschangs soll eine russische Brigade angehören, in der sich 1800 europäische Russen befinden.

Reuters meldet weiter aus Shanghai: Der Gouverneur von Schantung, General Tschangfungtschang, ist in Nanking eingezogen und hat auf Grund einer Vereinbarung mit Suntschuanfang die Herrschaft über die Stadt übernommen. Die Truppen des Generals Fengtien werden die Bahnlinie südlich von Nanking sichern und es dadurch den in Nanking eingetroffenen 32 000 Mann der Nordarmee ermöglichen, alsbald an der Verteidigung Shanghais teilzunehmen. Alles deutet darauf hin, daß Suntschuanfang als militärischer Faktor ausschaltet.

Suntschuanfang legt den Oberbefehl nieder.

London, 23. Febr. Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Nanking meldet, daß Suntschuanfang

sein Amt niedergelegt und den Befehl über den Rest seiner Streitkräfte in die Hände des Generals Linfangting gelegt habe. Die Schantung-Streitkräfte haben den Vormarsch nach Südjiangsu begonnen, es ist jedoch noch nicht bekannt, ob auf Grund einer Vereinbarung mit den Kantonesen oder um ihnen Widerstand zu leisten.

Hinrichtung des chinesischen Vizepräsidenten der Ostbahn.

London, 23. Febr. „Daily Mail“ meldet aus Chharbin: Der chinesische Vizepräsident der chinesischen Ostbahn, General Jangtscho, wurde unter der Anschuldigung, Geld von Moskau empfangen und eine Revolution in Chharbin geplant zu haben, von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt und erschossen.

Wellington Koo zurückgetreten.

London, 23. Febr. Der Pekinger Berichterstatter der „Daily News“ will wissen, daß Dr. Wellington Koo seinen Posten als Premier- und Finanzminister endgültig niedergelegt habe. Wangschih sei von der mandschurischen Partei zum Premierminister ernannt worden

Die englische Note an Rußland überreicht.

Mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gedroht.

London, 23. Febr. Die heute überreichte Note Chamberlains an den russischen Geschäftsträger in London erklärt, daß die Beziehungen zwischen Großbritannien und Rußland weiterhin notorisch unbefriedigend sind. Die Note erinnert daran, daß am 4. Juni 1923 die Sowjetregierung sich durch eine Vereinbarung formell verpflichtet hat, in keiner Form Personen oder Körperschaften zu unterstützen, die Unzufriedenheit oder revolutionäre Bewegungen innerhalb des Britischen Reiches hervorzurufen suchen, und daß die Regierung MacDonald im Oktober 1924 bereits sich veranlaßt gesehen hat, diese Abmachung der russischen Regierung warnend in Erinnerung zu rufen, sowie daran, daß auch Chamberlain sich mehrfach veranlaßt gesehen habe, den Sowjetvertreter in London auf Verletzungen dieser Abmachungen hinzuweisen. Solange die augenblicklichen Herrscher der Sowjetunion, so fährt die Note fort, mögen sie Mitglieder der Regierung oder Mitglieder des Politbüros sein, das die wirklich beherrschende Autorität in Rußland ist, dabei beharren, öffentliche Versicherungen zur Schwächung Großbritanniens oder zugunsten einer Weltrevolution zu machen, ist keine Besserung möglich. Es wird darauf hingewiesen, daß der frühere Geschäftsträger in London, Krassin, zwar zu wiederholten Malen es als den Wunsch der Sowjetregierung bezeichnet habe, freundschaftliche Beziehungen mit England herzustellen, daß er aber gleichzeitig an dem Feibzug der Verleumdung gegen Großbritannien teilgenommen habe. Die Note wendet sich dann gegen die „fize Idee, unter der Herr Tschitscherin und viele seiner Kollegen leiden“, daß Großbritannien beschäftigt sei, Komplote gegen Rußland zu schmieden und erhebt Einspruch gegen die abekvollende Parteilichkeit, mit der die Sowjetbehörden tendenziöse Nachrichten und falsche Gerüchte über die englischen Absichten zur Stütze ihrer Politik machten. Die englische Regierung halte es für notwendig, Rußland nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Fortsetzung von Handlungen wie die, über die hier Beschwerde geführt werde, früher oder später die Aufhebung des Handelsabkommens unvermeidlich machen müsse, dessen Bestimmungen so offenkundig verletzt worden sind, und daß ebenso die Lösung der gewohnten diplomatischen Beziehungen eintreten müsse. Die Note enthält dann noch einen Anhang mit Auszügen aus englischfeindlichen Reden der führenden Bolschewisten und aus Urteilen der „Bawistija“.

Die gestrigen Besprechungen im Auswärtigen Ausschuß.

Die gestrigen Besprechungen im Auswärtigen Ausschuß über die Frage der russischen Munitionslieferungen an die Reichswehr ergaben, daß es sich um weit zurückliegende Munitionsbestellungen handelt. Daß man damals die Bestellungen in Rußland aufgab, hängt wohl mit der seinerzeit herrschenden Unsicherheit der innerdeutschen Verhältnisse zusammen. Ausgeführt wurden die Bestellungen erst in späteren Jahren, und die letzten Abnahmen sind erst im vorigen Jahre erfolgt. Wegen den Versailler Vertrag wurde mit der Abnahme der Lieferungen in keiner Weise verfahren. Die Kontrollkommission hat die Abnahme nicht beanstandet. Irigendwelche außerpolitische Folgerungen können also aus der Angelegenheit nicht erwachsen.

Die Auslieferung des Abgeordneten Ullig erneut beantragt.

Kattowitz, 23. Febr. Bei dem schlesischen Sejm wurde neuerdings ein Auslieferungsantrag gegen den deutschen Abgeordneten Ullig, den Geschäftsführer des Volksbundes, gestellt. Der Antrag wird damit begründet, daß der Sejmabgeordnete Ullig militärpflichtigen Personen zur Flucht nach Deutschland verholfen haben soll.

Die Aufgaben der Weltwirtschaftskonferenz.

Basel, 23. Febr. Staatssekretär Dr. Trendelenburg hielt heute in der Statistisch- Volkswirtschaftlichen Gesellschaft einen Vortrag über Zoll- und handelspolitische Probleme. Nach einer kurzen Darstellung der industriellen Entwicklung in der Vorkriegszeit und der damaligen Stellung Europas in der Weltwirtschaft wies Dr. Trendelenburg insbesondere auf das Erstarken und Umsichgreifen des wirtschaftlichen Nationalismus hin, der sich in erster Linie in einer starken Erhöhung der Zollsätze für industrielle Fertigwaren zeigte. Gleichzeitig habe die Differenzierung der Zolltarifpositionen in erschreckendem Maße zugenommen. Allerdings sei die Höhe der Zollsätze allein kein zuverlässiger Maßstab für die Stärke des Protektionismus der einzelnen Länder. Mindestens von der gleichen Bedeutung sei die Methode der Zollserhöhung, die in manchen Ländern liberal, in anderen jedoch sehr handels hinderlich geregelt sei. Dr. Trendelenburg schloß: Die Weltwirtschaftskonferenz findet ein Problem vor, dessen Lösung besonders schwierig ist. Immerhin ist der gegenwärtige Zustand der internationalen Zoll- und handelspolitischen Lage unbefriedigend, daß man von einer freien Ausprägung freier Persönlichkeiten, wie sie das Programm der Weltwirtschaftskonferenz vorsieht, gewiß einen Fortschritt erwarten kann.

St...
sch...
W...
f...
in...
M...
Fra...
le...
le...
ü...
te...
dem...
ih...
Sch...
del...
gew...
es...
h...
Kom...
b...
Sch...
t...
Dom...
kurz...
kurz...
gering...
S...
zogen...
von...
Ab...
den...
In...
kauf...
von...
das...
wart...
in...
aus...
N...
fall...
B...
berg...
B...
m...
tele...
gru...
die...
B...
a...
d...
d...
f...
K...
In...
f...
dem...
G...
so...
und...
M...
a...
J...
trun...
Unt...
Ur...
(10...
„...
„...
„...
„...
„...
„...
St...
„...
In...
dar...
H...
An...
fast...
f...
s...
hin...
in...
gem...
H...
ra...
Z...
ber...
„...
B...
ber...
B...
ber...